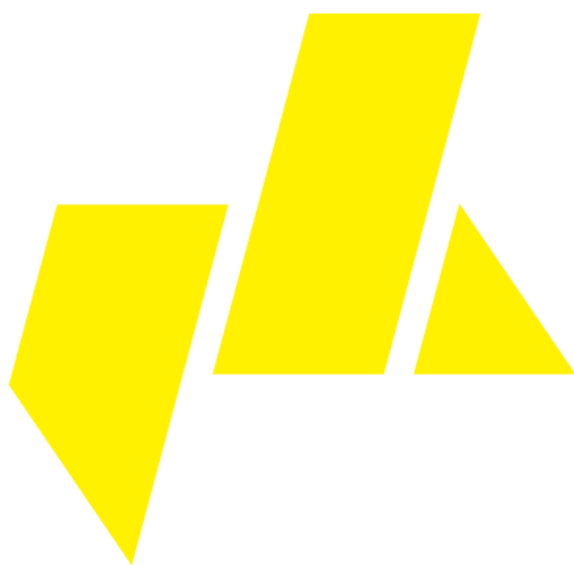


# **BESCHLUSSLAGE**

**Beschlossen auf den Kreiskongressen  
vom 16.10.2002 bis 14.06.2017**



**Julia**  
**Dresden**

# INHALT

<b>Kommunales .....</b>	<b>5</b>
Er liegt doch schon im Mausoleum – Keine Wiederauferstehung Lenins!.....	6
Millionen für einen Kaffee mit Ausblick? – Private Lösung für den Fernsehturm finden!.....	7
Gleichbehandlung aller Beherbergungsgewerbe.....	8
Mehr Spielplätze (auch) für Erwachsene .....	9
Positionierung zum Umgang mit PEGIDA.....	10
Wohnungsbau mit Zukunft.....	12
Mehr Toiletten im öffentlichen Raum .....	13
Brückenklettern Waldschlößchenbrücke .....	14
Für wirklich zumutbare Fahrzeiten zu Kitas.....	15
Cannabis Forschungsclub .....	16
Straßenmusik in Dresden muss Zukunft haben.....	17
Dresden braucht einen freien und überparteilichen Oberbürgermeisterkandidaten.....	18
Freie Daten für ein freies Dresden .....	19
Krankenhäuser Neustadt und Friedrichstadt zusammenlegen.....	20
Hundertwasserhaus endlich bauen .....	21
Spielplätze – Priorität auf Bestandsanierung statt Neubau legen.....	22
Neuausrichtung der Vogelwiese – zurück auf die Erfolgspur.....	23
Für eine öffentliche Abstimmung über die Auswahl des Striezelmarktbaumes .....	24
Denkmalsschutz gegen Zählung aufheben – Pilotprojekt (Fabrikstraße – Oederaner Straße – Freiburger Straße).....	25
Bildungsstandort Dresden.....	26
Förderung von Kindergärten und Kinderkrippen in privater Trägerschaft .....	27
Privatisierung des kommunalen Sekundärrohstoffmarktes.....	28
Sein statt Schein – Keine Imagekampagne für die Äußere Neustadt .....	29
Kein Zukauf von ENSO Anteilen.....	30
Grundschulbezirke abschaffen.....	31
Wiener Loch beseitigen .....	32
Bessere Bedingungen für die freie Kulturszene in Dresden.....	33

Möglichkeit der verkaufsoffenen Sonntage in Dresden voll ausnutzen .....	34
Errichtung eines „Denkmals des unbekanntem Demokraten“ .....	35
Für eine saubere Stadt Dresden .....	36
Für eine liberale Neustadt .....	37
Für ein studentenfreundliches Dresden .....	38
Tourismus in Dresden .....	39
Boulderfelsen in Dresden .....	40
Grillen in Dresden .....	41
Liberale stehen zum Bürgervotum .....	42
Feste Grilleinrichtungen schaffen .....	43
Grillen im Großen Garten grundsätzlich erlauben .....	44
Den Großen Garten besser nutzen .....	45
JuliA Dresden für Eingemeindungen nach Dresden .....	46
Aufheben des Verkaufsverbotes von Alkohol der Dresdner Neustadt nach 22 Uhr .....	47
Erleuchtung in Dresden .....	48
Ja zur Waldschlöbchenbrücke .....	49
Müllentsorgung, preiswert, ökologisch, einfach! .....	50
Personalstellen statt Kita- Plätze streichen .....	51
<b>Innen und Recht .....</b>	<b>53</b>
Öffentliche Sicherheit: Kein Experimentierfeld für politische Sparmaßnahmen .....	54
Sch(l)uss mit tödlichen Überraschungen – „Drug Checking“ ermöglichen! .....	56
Keine Experimente – Einfach wählen gehen! .....	58
Skandinavisches Jedermannsrecht auch in Deutschland .....	60
Nur Homophobie ist heilbar – Gegen „Homo-Heilungen“! .....	61
Übertragung von Betrieben .....	62
Für eine Willkommenskultur mit Zukunft .....	63
Eigentum Schützen .....	65
Möglichkeiten zur privaten Unterstützung von Flüchtlingen verbessern .....	66
Volksentscheid zum Buß- und Betttag .....	67
Sinnvolle Wohnungsbauförderung statt Mietpreisbremse .....	68
Keine Begrenzung von Bargeldzahlungen .....	69
Kein Verbot von Plastiktüten durch die EU-Kommission .....	70

Beenden von Verkauf von Meldedaten.....	71
Für eine moderne Verwaltung.....	72
Informationsfreiheitgesetz .....	73
Keine Angst vor Killerspielen.....	74
Ausstellung vom Waffenbesitzkarten.....	77
Kinderlärm.....	78
<b>Hochschule und Wissenschaft.....</b>	<b>79</b>
Für freie und digitale Forschung und Lehre!.....	80
Arbeitsweise des Referats Politische Bildung des Studentenrates der TU Dresden.....	81
Teilsanierung von Schulen.....	82
Einführung von Forschungsprofessuren .....	83
Rahmenbedingungen für Studiengebühren schaffen.....	84
<b>Verkehr und Infrastruktur.....</b>	<b>86</b>
Elektrisch mobil – Jetzt erst recht! .....	87
Gebt der Jugend die Straße zurück – Schein für Schein! Für begleitetes Fahren ab 16!.....	89
Sanduhrsymbol in die Fußgängerampel .....	90
Königsbrücker Straße bestandsnah sanieren (Variante 7).....	91
Für eine ausgewogene Verkehrsentwicklung in Dresden.....	92
Verkehrskonzept für die Landeshauptstadt Dresden .....	94
Fahrradwege gehören auf die Fahrbahn .....	95
Fahrradchaos vor dem Hauptbahnhof beseitigen.....	96
Ampeln im Dresdner Straßenverkehr sinnvoll einsetzen.....	97
Parkplätze in der Dresdner Neustadt.....	98
Shared- Space Modellprojekt in Leuben.....	99
Integration von Radwegen .....	100
Transrapid- Strecke durch Dresden .....	101
<b>Verband und Partei .....</b>	<b>102</b>
Aufforderung zum Rücktritt.....	103

# Kommunales

## **Er liegt doch schon im Mausoleum – Keine Wiederauferstehung Lenins!**

Die Jungliberale Aktion Dresden lehnt den Rückkauf der alten Lenin-Statue durch die Stadt Dresden entschieden ab.

Das ehemalige Lenin-Denkmal auf dem Bahnhofsvorplatz (heute: Wiener Platz) war Ausdruck eines totalitären Personenkults. Als solches steht ein Monument zu Ehren des Wegbereiters des roten Terrors im absoluten Gegensatz zu unseren Grundwerten von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Lenin hat in Dresden keinen Platz verdient, weder im Stadtbild noch im Haushalt.

Wir fordern die Stadt Dresden sowie den Stadtrat, insbesondere die Fraktion der FDP/FB, auf, sich klar gegen den Ankauf der Statue oder gar die Wiedererrichtung des Denkmals zu positionieren. Öffentliche Gelder dürfen nicht für verklärende Nostalgieromantik verwendet werden.

Beschlossen am 14.06.2017

## **Millionen für einen Kaffee mit Ausblick? – Private Lösung für den Fernsehturm finden!**

Die Jungliberale Aktion Dresden steht einer Wiederaufnahme des Besucherbetriebs des Dresdner Fernsehturms positiv gegenüber. Wir fordern die Stadt daher auf, aktiv um private Investoren für die Wiederinbetriebnahme von Aussichtsplattform und Turmrestaurant sowie die Finanzierung der nötigen Sanierungsmaßnahmen zu werben. Da wir den Betrieb eines Restaurants und Ausflugsziels nicht als staatliche Aufgabe sehen, lehnen wir eine Finanzierung der, für eine touristische Nutzung, nötigen Maßnahmen aus öffentlichen Geldern ab. Gegen eine maßvolle städtische Unterstützung für Zuwegung und ÖPNV-Anbindung haben wir nichts einzuwenden.

Beschlossen am 14.06.2017

## **Gleichbehandlung aller Beherbergungsgewerbe**

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, durch die Einrichtung eines einfachen Anzeigeverfahrens für die entgeltliche, kurzfristige Überlassung privaten Wohnraums, die Voraussetzungen für die Erfassung und Gleichbehandlung aller Beherbergungsgewerbe zu schaffen.

Beschlossen am 08.06.2016



## **Mehr Spielplätze (auch) für Erwachsene**

Jeder dritte Spielplatz in Dresden soll so angepasst werden, dass Spielgelegenheiten um weitere Sport- und Freizeitangebote wie Skateboarden, Recks, Barren, und Olympische Ringe zur Nutzung durch Erwachsene zu ergänzen sind.

Beschlossen am 08.06.2016

## Positionierung zum Umgang mit PEGIDA

Die JuliA Dresden spricht sich gegen jegliche Form der Unterstützung für PEGIDA oder deren Protagonisten aus. Wir halten die Teilnahme an PEGIDA Kundgebungen, die Unterstützung der dort geäußerten Positionen und eine Verharmlosung der Bewegung für unvereinbar mit den Grundsätzen einer liberalen Partei oder Jugendorganisation. Wir fordern zudem alle liberalen Politiker auf, sich aktiv an der Aufklärung der Bevölkerung zu beteiligen. Falsche Darstellung oder Unkenntnis von Fakten zur Asylproblematik fördert in der Bevölkerung Angst oder ein Gefühl der Bedrohung, was eine konstruktive Problemlösung unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger behindert. Die Jungliberale Aktion wird sich in Zukunft, wann immer dies in Frage steht, aktiv in die Diskussion einschalten und ihre Auffassung von Liberalität und Rechtsstaatlichkeit kenntlich machen.

Eine drohende „Islamisierung des Abendlandes“ ist bei einem muslimischen Bevölkerungsanteil von etwa 1% in Sachsen eine absurde Behauptung. Zudem führt diese Argumentation an der entscheidenden Frage vorbei: Der Staat hat unserer Ansicht nach weltanschaulich neutral die Grundsätze unserer Verfassung und die geltenden Gesetze durchzusetzen. In unserer Demokratie kann eine derart kleine Minderheit weder die geltenden Gesetze noch die Kultur „islamisieren“. Eine überdurchschnittliche Kriminalität von Migranten ist zudem nicht empirisch belegbar. Eine Stigmatisierung von ausländischen Mitbürgern ist abzulehnen. Dies betrifft insbesondere die wiederkehrende Unterstellung, Muslime würden generell mit dem IS oder anderen Dschihadisten in Verbindung stehen.

Grundrechte sind in der Verfassung festgeschrieben und unveräußerlich. PEGIDA beansprucht das Recht auf Meinungsfreiheit, verweigert jedoch die Diskussion mit Kritikern und reagiert bisweilen aggressiv auf andere Meinungen. Wir Jungliberalen haben mehrfach erfolglos versucht, mit den Anhängern der Gruppierung ins Gespräch zu kommen und argumentativ über Meinungsunterschiede zu diskutieren. Ihre Ablehnung gegenüber Medien und Politikern belegt dies und unterstreicht ein mangelhaftes Demokratieverständnis. Daher ist PEGIDA für seine Anhänger eine Gelegenheit sich abzuschotten, sich als Opfer und alle anderen als Täter wahrzunehmen. Diese Polarisierung macht PEGIDA nicht zum Teil der Lösung, sondern Teil des Problems in Sachen Flüchtlingsdebatte. Probleme, Herausforderungen und Chancen der Situation müssen differenziert statt pauschalisiert behandelt werden.

PEGIDA hat sich zunehmend radikalisiert, worin wir eine zunehmende Gefahr für die öffentliche Ordnung sehen. Es treten verstärkt fremdenfeindliche Aussagen,

aggressives Verhalten und eine allgemeine Legitimation für Selbstjustiz und gegen den demokratischen Rechtsstaat auf. Dies zeigt sich gerade auch in Sachsen durch eine vermehrte Tendenz zu Übergriffen von sonst gesetzestreuen Mitbürgern.

Wir lehnen jede Gewalt zur Umsetzung politischer Ziele als kriminell und undemokratisch ab. Das betrifft insbesondere auch das Bedrohen von Journalisten oder die öffentliche Rechtfertigung von Lynchjustiz. Wir unterstützen die Bemühungen des Dresdner Oberbürgermeisters Dirk Hilbert zur Durchsetzung des Demonstrationsrechts für alle Seiten. Nur ein offen und friedlich ausgetragener Diskurs kann zukünftig zu einer Lösung der Probleme führen.

Beschlossen am 09.12.2015

## Wohnungsbau mit Zukunft

Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich dafür ein, den privatwirtschaftlichen Wohnungsbau zu fördern, um einem absehbaren Wohnungsmangel bereits im Voraus entgegenzuwirken.

Daher fordern wir:

- Ablehnung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft in städtischer Trägerschaft
- Abbau bürokratischer Hürden wie bspw. bei der Reglementierung des äußeren Ausgestaltungsumfangs der Häuser
- Senkung des Grundsteuer-Hebesatzes B auf sächsischen Durchschnitt
- Senkung der Grunderwerbssteuer auf 3% und deren generelle Abschaffung für den Erwerb von Erstimmobilien zum Eigenbedarf
- Stadtrückverdichtung zur Lukrativmachung und zum Erhalt einer pulsierenden Innenstadt: Konzentrierung in das Zentrum, anstatt in die Breite
- Eigenverantwortung vor städtischer Bevormundung: Dies soll die freie Auswahl des Baugebietes durch den Investor garantieren, jedoch ist die staatliche Unterstützung (bspw. in Form von Förderungen) des Projektes auszuschließen
- Außerhalb der historischen Altstadtkulisse soll die Stadt auch vermehrt den Bau von Hochhäusern in Betracht ziehen
- Sozialer Wohnungsbau: Aufrechterhaltung der noch vorhandenen Sozialwohnungen in Dresden. Die Wohnberechtigung für eine Sozialwohnung muss der Mieter dann aller zwei Jahre verlängern lassen. Wird der Wohnberechtigungsschein durch eine relevant verbesserte Einkommenssituation verwehrt ist dem Mieter eine einjährige Frist bis zum Auslaufen des Mietvertrags zu gewähren.
- Beachtung der bestehenden ÖPNV-Infrastruktur bei künftigen Bauprojekten (bspw. in Dresden-Pennrich, Dresden-Weißig oder Dresden-Weixdorf)

Die Jungliberale Aktion sieht ein großes Potenzial in einem attraktiven Stadtzentrum, zu welchem eine ästhetisch-moderne Architektur aber auch eine Architektur nach historischem Vorbild gehört.

Beschlossen am 09.12.2015

## Mehr Toiletten im öffentlichen Raum

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert mehr Toiletten im Innenstadtbereich, besonderer Schwerpunkt ist dabei der Bereich der Elbwiesen. Dabei soll es sich um einfache Toiletten handeln, die für jeden frei zugänglich sind. Die Betreibung der Toiletten soll öffentlich ausgeschrieben werden, jedoch kann die Stadt Dresden auch Toiletten betreiben.

Wir fordern die Stadt Dresden auf, Konzepte für die kostenfreie Benutzung von Toiletten zu prüfen. Bspw. könnten bereits etablierte Konzepte wie „Nette Toilette“ aus der Dresdner Neustadt (Restaurants stellen Toiletten kostenfrei zur Verfügung) auf das gesamte Innenstadtgebiet ausgeweitet werden.

Beschlossen am 09.12.2015

## **Brückenklettern Waldschlößchenbrücke**

Die Stadt Dresden soll an den Bögen der Waldschlößchenbrücke die Voraussetzungen zum Brückenklettern schaffen. Damit soll es erst Journalisten und später einer breiten Bevölkerung ermöglicht werden, unter Anleitung von Industrielkletterern die Bögen der Waldschlößchenbrücke hinauf zu klettern.

Beschlossen am 10.06.2015

## **Für wirklich zumutbare Fahrzeiten zu Kitas**

Die Jungliberale Aktion Dresden hält eine Fahrtzeit von 30 Minuten bis zur Kindertagesstätte für nicht zumutbar. Auf dieser Angabe basiert die momentane Kitaplanung. Zumeist wird diese Fahrtzeit zwar nicht erreicht, dennoch halten wir diese Angabe im Interesse der Kinder und der Eltern für inakzeptabel. Wir fordern eine Fahrtzeit von maximal 20 Minuten als Grenze der Zumutbarkeit festzulegen.

Beschlossen am 10.06.2015

## **Cannabis Forschungsclub**

Die Stadt Dresden soll sich dafür einsetzen, dass ein breit angelegtes Forschungsprojekt zur Untersuchung von Chancen und Risiken in Bezug auf Cannabiskonsum errichtet wird. Dabei sollen nicht nur die Chancen und Risiken ermittelt, sondern vor allem Lösungen zur Reduzierung der Gefahren erarbeitet werden und Kenntnisse in Bezug auf Anbau und Nutzung gewonnen werden. Dieser Forschungsclub soll ein Zusammenschluss aus Wissenschaft, Wirtschaft, Medizin und freiwilligen Bürgern sein, die durch ein Forschungsentgelt das Gesamtprojekt mitfinanzieren. Die Hauptaufgabe der Stadt Dresden ist es hierbei, die Genehmigungen für die an der Forschung und Entwicklung teilnehmenden Bürger von der Bundesopiumstelle und anderen Behörden zu erlangen.

Beschlossen am 10.06.2015



## **Straßenmusik in Dresden muss Zukunft haben**

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die vollständige Überarbeitung der Regelung zur Straßenmusik. Diese benachteiligt die Straßenmusiker in unangemessener Weise. Straßenmusik ist gerade für eine Kulturstadt wie Dresden eminent wichtig. Die Belange der Anwohner und Gewerbetreibenden müssen gewürdigt werden. Dennoch darf diese Regelung nicht dazu führen, dass faktisch fast kein Straßenmusiker mehr im Stadtbild zu sehen ist. Das Wohnen und Arbeiten in Innenstadtlage ist naturgemäß immer mit erhöhten Lärmimmissionen verbunden. Zudem ist dieser Sachverhalt in jeder Stadt dieser Größe sehr ähnlich und trotzdem gibt es Straßenmusik. Deshalb ist es unverständlich, dass gerade diese Belange auf Kosten der Straßenmusiker so in den Vordergrund gestellt werden. Erforderlich zum Ausgleich der Interessen sind folgende Maßnahmen:

### **Dezibelobergrenze schaffen**

Zum Schutz der Anwohner wird eine Dezibelobergrenze geschaffen.

### **Kein Verbot der Straßenmusik wegen bestimmter Veranstaltungen und Wochentagen**

Es ist nicht akzeptabel, bestimmte Orte der Straßenmusik generell entziehen zu wollen und während bestimmter Ereignisse (Weihnachtsmarkt und Stadtfest) diese sogar bei deren Aufbau zu verbieten. Auch das Verbot an Sonn- und Feiertagen ist abzulehnen.

### **Genehmigungspflicht abschaffen**

Wir sprechen uns gegen die Genehmigungspflicht aus, derer die Straßenmusiker unterworfen worden sind. Diese müssen nach der jetzt geltenden Regelung jeden Tag eine neue Genehmigung beantragen und dürfen nur zweimal pro Woche auftreten. Außerdem müssen diese für jede Genehmigung Verwaltungsgebühren in Höhe von 5 Euro entrichten, wenn sie CDs verkaufenmöchten wird es sogar noch um 2,50 € teurer. Dadurch wird den Musikern oft die Geschäftsgrundlage bewusst entzogen.

Beschlossen am 10.06.2015

## **Dresden braucht einen freien und überparteilichen Oberbürgermeisterkandidaten**

Die Jungliberale Aktion Dresden unterstützt den freien und überparteilichen Oberbürgermeisterkandidaten Dirk Hilbert zur Oberbürgermeisterwahl in Dresden im kommenden Jahr.

Beschlossen am 03.12.2014

## Freie Daten für ein freies Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, ihre Daten nach dem Open-Data-Prinzip zu veröffentlichen. Zur Orientierung sollen die Kriterien der Open-Data-Definition der Open KnowledgeFoundation Deutschland e.V. herangezogen werden.

Im Regelfall und Zweifel müssen die Daten veröffentlicht werden, ansonsten muss die Nichtfreigabe begründet werden.

Die Erfüllung dieser Kriterien sieht die JuliA Dresden nicht bei der vom Bundesministerium des Innern (BMI) erstellten Government-Data-Plattform govdata.de und daten-deutschland.de.

Beschlossen am 02.07.2014

## **Krankenhäuser Neustadt und Friedrichstadt zusammenlegen**

Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich für eine Zusammenlegung der Krankenhäuser Dresden-Friedrichstadt und Dresden-Neustadt ein. Die zusammengelegten Einrichtungen sollen in Form einer gGmbH, deren hundertprozentiger Anteilseigner die Stadt Dresden ist, betrieben werden.

Falls die Änderung der Rechtsform nicht möglich ist, bzw. auf große Ablehnung in der Bevölkerung stößt, soll unabhängig davon die Zusammenlegung der beiden Krankenhäuser überprüft werden.

Beschlossen am 02.07.2014

## Hundertwasserhaus endlich bauen

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, sich nachdrücklich für den Bau des Hundertwasserhauses am ursprünglich geplanten Standort in der Äußeren Neustadt an der Bautzner Straße einzusetzen und gezielt nach privaten Investoren für dieses Projekt zu suchen. Die geplante Nutzung als Parkplatz muss aufgegeben werden. Es ist zu prüfen, ob der bewaldete Platz Ecke Bautzner Straße/Prießnitzstraße (am Bach Prießnitz gelegen) stattdessen als Parkplatz genutzt werden könnte. Eine Finanzierung durch die Stadt soll nicht erfolgen.

Beschlossen am 04.12.2013

## **Spielplätze – Priorität auf Bestandsanierung statt Neubau legen**

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert der Sanierung bestehender Spielplätze klare Priorität gegenüber dem Neubau von Spielplätzen einzuräumen.

Beschlossen am 04.12.2013

## Neuausrichtung der Vogelwiese – zurück auf die Erfolgsspur

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert das Volksfest Vogelwiese mit Blick auf dessen große, über 500-jährige historische Tradition völlig neu zu konzipieren, damit das vorhandene Potenzial der Vogelwiese erschlossen werden kann. Wir glauben an die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Vogelwiese. Sinkende Besucherzahlen und schwindende Einnahmen sind aus unserer Sicht nicht notwendig, sondern verursacht durch falsche politische und konzeptionelle Weichenstellungen. Folgende Maßnahmen halten wir für erforderlich: Die Besucherzahlen sollen gesteigert werden. Dazu müssen auch überregional Besucher angezogen werden. Mittel- bis langfristig soll das Volksfest als erstes in den neuen Bundesländern in die Liste der 30, dann der zehn größten und besucher-stärksten deutschen Volksfeste aufsteigen. Die Standgebühren müssen abgesenkt werden. Vergessene Traditionen sollten wiederbelebt werden (Vogelschießen etc.). Das gastronomische Angebot ist zu erweitern, die Bierzeltkultur ist in das Fest zu integrieren. Das Marketing muss verbessert werden. Das traditionelle Vogelschießen der Schausteller gegen die Stadtverwaltung soll beibehalten werden. Außerdem ist ein neuer Standort notwendig, der genügend Platz für eine Veranstaltung dieser Größe bietet. Es ist zu prüfen, ob die Festwiese Ostragehege oder die Cockerwiese künftig als Standort infrage kommen. Darüber hinaus sollte die Vogelwiese in der Größe nur einmal im Jahr, vorzugsweise traditionell im Sommer, stattfinden und 14 – 18 Tage dauern. Die bisher gleichwertigen Frühjahrs- und Herbstfeste können weiterhin in dem Umfang und an dem Standort wie bislang stattfinden, wenn es wirtschaftlich sinnvoll erscheint und dem Erfolg der Vogelwiese nicht abträglich ist. Die Veranstaltung der Vogelwiese sollte von der Stadt bzw. einem privaten Veranstalter gemeinsam mit dem Dresdner Schaustellerverband e.V. übernommen werden.

Beschlossen am 04.12.2013

## **Für eine öffentliche Abstimmung über die Auswahl des Striezelmarktbaumes**

Die Jungliberale Aktion Dresden begrüßt die öffentliche Abstimmung über die Auswahl des Weihnachtsbaumes für den Dresdner Striezelmarkt und fordert dieses Verfahren künftig in jedem Jahr anzuwenden. Durch dieses Vorgehen werden die Einwohner Dresdens mit in die Entscheidungsfindung über den Weihnachtsbaum einbezogen, der den Striezelmarkt während der gesamten Weihnachtszeit schmücken wird. Die Abstimmung ist im Internet oder per Postkarte möglich. Dabei können die Einwohner zwischen mehreren Bäumen ihren Favoriten auswählen.

Beschlossen am 04.12.2013



## **Denkmalsschutz gegen Zahlung aufheben - Pilotprojekt (Fabrikstraße - Oederaner Straße - Freiburger Straße)**

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, ein Pilotprojekt der Stadtentwicklung im Bereich z.B. der Fabrikstraße - Oederaner Straße - Freiburger Straße durchzuführen. Gegenstand des Pilotprojektes ist die Einrichtung eines quartiergebundenen Fonds zur denkmalgerechten Sanierung und die Möglichkeit, gegen Strafzahlung in diesen Fonds den Denkmalschutz aufzuheben. Die Höhe der Strafzahlung steigt mit jedem Projekt, bei dem der Denkmalschutz aufgehoben wird und sinkt mit jeder denkmalgerechten Sanierung.

Beschlossen am 19.06.2013

## Bildungsstandort Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Landeshauptstadt Dresden auf, die Prioritäten richtig zu setzen und bei kommenden Haushaltsplanungen den Schwerpunkt auf die Sanierung und den Neubau von Schulen zu legen. Dabei soll die Funktionalität und nicht die Ästhetik im Vordergrund stehen. Weiterhin fordern wir alle Fraktionen des Dresdner Stadtrates auf, sich nicht nur verbal für Schulen einzusetzen, sondern den Worten auch Taten folgen zu lassen. Deshalb muss auch im Stadtrat ein Umdenken stattfinden. Teure Prestigeobjekte wie beispielsweise das „Kulturkraftwerk Mitte“ bzw. ein Verwaltungsneubau im Wiener Loch sind zugunsten Dresdner Schulen abzulehnen.

Die Aufnahme neuer Schulden lehnen die Jungliberalen hingegen ab. Die Stadt Dresden ist eine der wenigen Städte, welche schuldenfrei ist. Dies gilt es zu erhalten. Notwendige Maßnahmen zum Erhalt der Schulen müssen aus den laufenden Haushalten gedeckt werden. Wenn nötig müssen harte Sparmaßnahmen ergriffen werden, um erforderliche Sanierungen und Kapazitätserweiterungen zu ermöglichen. Darüber hinaus sehen die Jungliberalen die Teilsanierung von Schulen als probates Mittel zur schnellen Behebung baulicher Mängel.

Beschlossen am 07.12.2011

## **Förderung von Kindergärten und Kinderkrippen in privater Trägerschaft**

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, den derzeitigen und zukünftigen Bedarf an Krippen- und Kindergartenplätzen zu analysieren und einen entsprechenden Maßnahmenplan zur Deckung des Bedarfes zu erstellen.

Die Stadt Dresden soll zukünftig verstärkt die Ansiedlung von Kinderkrippen und Kindergärten in privater Trägerschaft fördern. Des Weiteren soll es eine einheitliche Anlaufstelle/Ansprechpartner für potentielle Kindergarten/-krippenbetreiber in der Stadtverwaltung geben, um eine schnelle und unbürokratische Einrichtung zu ermöglichen. Die Kindergärten/ -krippen von privaten Trägern sollen auch durch eine befristete Freistellung von kommunalen Abgaben gefördert werden.

Beschlossen am 07.12.2011

## Privatisierung des kommunalen Sekundärrohstoffmarktes

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, sich aus dem Sekundärrohstoffmarkt zurückzuziehen und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in diesem Bereich einzustellen. Zukünftig soll der Betrieb aller öffentlichen Sammelstellen (Altglas- und Altpapiercontainer) einzeln für den Betrieb durch private Unternehmen ausgeschrieben werden. Die Stadt soll ihrer Entsorgungspflicht für Sekundärrohstoffefallsmöglichausschließlich durch Ausschreibungen und Übertragungen auf private Anbieter nachzukommen.

Beschlossen am 07.12.2011

## **Sein statt Schein - Keine Imagekampagne für die Äußere Neustadt**

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Oberbürgermeisterin auf, ihre Pläne für die Durchführung einer Imagekampagne zur Verbesserung der Sauberkeit in der Äußeren Neustadt zu verwerfen. Die veranschlagten Mittel sollen stattdessen in tatsächlich wirksame Maßnahmen, wie z.B. zusätzliche Mülleimer, investiert werden.

Beschlossen am 07.12.2011

## **Kein Zukauf von ENSO Anteilen**

Die Jungliberale Aktion Dresden lehnt einen weiteren Zukauf an Anteilen der Enso durch die städtische Tochter Technische Werke Dresden (TWD) ab.

Beschlossen am 22.06.2011

## Grundschulbezirke abschaffen

Die Jungliberale Aktion fordert die Aufhebung der Grundschulbezirke. Die Freiheit zur Wahl der am besten geeigneten Schule für die eigenen Kinder soll neben den Mittelschulen und Gymnasien auch bei den Grundschulen bestehen.

Beschlossen am 22.06.2011

## Wiener Loch beseitigen

Die Jungliberale Aktion setzt sich für die Beseitigung der Baugrube am Wiener Platz ein, sollte dem Stadtrat nicht bis zum 31.12.2011 ein verbindliches Kaufangebot eines Investors vorliegen. Die Leistungen zur Erhaltung der Baugrube sollen eingestellt und die Grube verfüllt werden. Der entstehende Platz ist möglichst kostengünstig als attraktive Freifläche zu gestalten.

Beschlossen am 08.12.2010



## Bessere Bedingungen für die freie Kulturszene in Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert verbesserte Rahmenbedingungen für die freie Kulturszene in Dresden.

Der Anteil der Fördergelder für die freie Szene soll in Zukunft mindestens 5 % des kommunalen Kulturetats betragen. Dabei soll eine Priorisierung der Sockelfinanzierung gegenüber der Projektfinanzierung geprüft werden. Die Förderung von Kleinstprojekten muss flexibler gestaltet werden, z.B. indem eine vierteljährliche Mittelvergabe ermöglicht wird.

Darüber hinaus fordern wir Verbesserungen auf institutioneller Ebene. Der Einfluss von Projektgruppen, Kulturbeirat und Kulturbeschluss muss gegenüber dem Kulturstab gestärkt werden. Die Einführung einer organisatorisch verankerten, fachlichen Beratung des Kulturausschusses durch Mitglieder der Projektgruppen und Kulturbeiräte soll geprüft werden.

Zudem fordert die JuliA den amtierenden Kulturbürgermeister auf, stärker in den direkten Dialog mit den Trägern der freien Kulturszene zu treten.

Beschlossen am 30.06.2010

## Möglichkeit der verkaufsoffenen Sonntage in Dresden voll ausnutzen

Die Jungliberale Aktion Dresden unterstützt die FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat in ihrer Initiative, alle vier möglichen verkaufsoffenen Sonntage in der Stadt zu erlauben.

Die verkaufsoffenen Sonntage werden nicht nur von der Dresdner Bevölkerung gut wahrgenommen, sondern auch von vielen Besuchern gern genutzt. Gerade aus dem osteuropäischen Ausland kommen viele Einkäufer in die Landeshauptstadt, lassen hier gutes Geld und sorgen damit auch für Steuern und Arbeitsplätze in der Stadt.

Die Jungliberalen fordern jedoch, dass alle drei möglichen verkaufsoffenen Sonntage in der Adventszeit auch erlaubt werden sollen. Der Vorschlag der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat ist zwar ein vertretbarer Kompromiss, wird aber der Stellung unserer Stadt als weihnachtlicher Besuchermagnet nicht gerecht. Bis auf wenige Gebiete und Nürnberg gibt es keine vergleichbare Metropole in Deutschland, die so stark mit Weihnachten verbunden wird. Mit den Striezelmarkt und dem Christstollen haben wir zwei Aushängeschilder, die Dresden in der Weihnachtszeit auszeichnen.

Diesem Ruf kann die Stadt nur gerecht werden, wenn sie alle Möglichkeiten nutzt, um Weihnachtseinkäufe und Stadtbesuche soweit wie möglich attraktiv zu machen.

Beschlossen am 30.06.2010

## **Errichtung eines „Denkmals des unbekanntem Demokraten“**

In der Stadt Dresden soll ein „Denkmal des unbekanntem Demokraten“ errichtet werden. Dieses soll den abstrakten Begriff „Demokratie“ verbildlichen. Deshalb soll es sich an einem lebhaften Ort befinden und kein abstraktes Kunstwerk, unscheinbare Stele oder verherrlichendes Monument sein. Es solle ein Denkmal sein, mit welchem man sich als normaler Bürger einfach identifizieren kann.

Beschlossen am 30.06.2010

## **Für eine saubere Stadt Dresden**

Die Stadt Dresden wird aufgefordert den Abstand der Leerungszeiten der Papierkörbe, gerade an stark frequentierten Plätzen, zu verringern.

Ebenso fordern wir die Stadt Dresden auf, für mehr Hundetoiletten in Dresden zu sorgen und die Rate der Wiederbefüllung dieser Hundetoiletten zu erhöhen! Im Zuge dessen soll die Stadt für die Umsetzung des §7 (2) der Polizeiordnung der Landeshauptstadt Dresden zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Dresden Sorge tragen.

Beschlossen am 17.12.2008

## **Für eine liberale Neustadt**

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Polizeiverordnung über das Verbot der Alkoholabgabe an jedermann über die Straße durch Schank- und Speisewirtschaften in der Äußeren Neustadt aufzuheben.

Weiterhin lehnen wir eine Fortsetzung der Videoüberwachung im Umfeld der Alaunstraße/ Louisenstraße entschieden ab.

Beschlossen am 17.12.2008

## **Für ein studentenfreundliches Dresden**

Die Jungliberale Aktion spricht sich für die Abschaffung der Zweitwohnungssteuer aus.

Beschlossen am 17.12.2008

## Tourismus in Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, für Sitzmöglichkeiten im Stadtgebiet zu sorgen. In welcher Form ist den Stadtvätern überlassen, gern auch in Verbindung mit dezenter und moderner Kunst zu präsentieren.

Die Stadt soll zu Veranstaltungen, zum Beispiel im Gebiet des Alten Schlachthofes, nicht gezielt Parksünder suchen und diese abzocken. Vielmehr soll die Stadt ein Parkkonzept für die einschlägigen Dresdner Veranstaltungsgebiete erstellen.

Beschlossen am 17.12.2008

## Boulderfelsen in Dresden

Der Stadttreff möge beschließen: In Dresden z.B. im Ostragehege sollen Boulderfelsen von max. 3,5 m Höhe errichtet werden. Dafür fordern wir den Stadtrat auf, Flächen auszuschreiben bzw. einzurichten auf denen private Initiatoren diese einrichten können.

Beschlossen am 17.12.2008



## Grillen in Dresden

Der Stadtreff möge beschließen: Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Stadt Dresden auf, dass Grillen an der Elbe, im Alaunpark und im Großen Garten freizugeben. Dazu sollen designierte Zonen eingerichtet werden die mit Bodenplatten und Metalleimern ausgebaut werden. Eine Anmeldung zur Nutzung dieser Bereiche soll nicht erforderlich sein und es wird keine Nutzungsgebühr erhoben. Verstöße gegen eine kurze, zu erstellende Nutzungsordnung (fachgerechte Entsorgung der Kohlereste in den Metalleimern, Verschmutzung etc.) sind mit Bußgeldern zu belegen.

Beschlossen am 17.12.2008

## Liberales stehen zum Bürgervotum

Die Jungliberale Aktion Dresden bekräftigt ihre Forderung, die Perspektivwerkstätten und „Kompromissversuche“ über die Köpfe der Bürger hinweg einzustellen. Bürgerentscheid und Gerichtsurteile haben eindeutige Ergebnisse gezeigt. Jetzt ist die Zeit mit dem Bau der Brücke zu beginnen.

Die Jungliberale Aktion fordert alle maßgeblichen Politiker der FDP dazu auf, diese Position einhellig zu vertreten. Die Liberalen stehen zum Votum der Bürger und setzen demokratische Beschlüsse um. Amts- und Mandatsträger innerhalb der FDP Dresden müssen sich dieser Verantwortung bewusst sein. Die FDP Dresden darf nicht den Eindruck erwecken, sie rücke vom Bau der Waldschlößchenbrücke in der vom Bürgerentscheid beschlossenen Form ab.

Beschlossen am 13.06.2007

## **Feste Grilleinrichtungen schaffen**

Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich dafür ein, dass an verschiedenen Orten Dresdens mehr feste, gebührenfreie Grilleinrichtungen gebaut werden. Als Beispiele seien die Elbwiesen und die Umgebung von Studentenwohnheimen genannt.

Beschlossen am 13.06.2007

## **Grillen im Großen Garten grundsätzlich erlauben**

Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich dafür ein, dass Grillen im Großen Garten zu erlauben. Dafür sollen in ausreichender Zahl Grillplätze zur Verfügung gestellt werden.

Beschlossen am 13.06.2007

## **Den Großen Garten besser nutzen**

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die sächsische Schlösser- und Gärtenverwaltung auf, den Großen Garten Dresden besser für sportliche Aktivitäten nutzbar zu machen. Dazu gehören Wege, deren Untergrund zum Laufen und Joggen geeignet sind und dementsprechend beschildert werden. Außerdem fordern wir die Gestaltung von mindestens zwei geeigneten Flächen, die mit Geräten auszustatten sind, die für sportliche Übungen geeignet sind.

Beschlossen am 13.06.2007

## **JuliA Dresden für Eingemeindungen nach Dresden**

Die Jungliberale Aktion Dresden unterstützt die Initiative der Dresdner FDP-Stadtratsfraktion, die Kreisgebietsreform und den guten Haushalt der Stadt für sinnvolle Eingemeindungsangebote an umliegende Gemeinden zu nutzen. Für den Fall, dass ein Eingemeindungsvorhaben angestrebt wird, ist ein Plebiszit in den einzugemeindenden Orten abzuhalten.

Beschlossen am 13.06.2007

## **Aufheben des Verkaufsverbotes von Alkohol der Dresdner Neustadt nach 22 Uhr**

Die Jungliberale Aktion Dresden ist gegen ein Verkaufsverbot von Alkohol an Freitagen und Samstagen in Spätshops ab 22:00 Uhr in der Neustadt.

Beschlossen am 20.12.2006

## Erleuchtung in Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Verantwortlichen der Stadt Dresden auf, sich dafür einzusetzen, die Frauenkirche nachts stärker zu beleuchten. Die Frauenkirche ist sowohl ein bedeutender Teil des Dresdner Selbstverständnisses, als auch eine wichtige touristische Attraktion. Sie sollte angemessen in Szene gesetzt werden.

Beschlossen am 14.12.2005



## Ja zur Waldschlößchenbrücke

Nach über 10 Jahren anhaltenden Diskussion und Planungen haben es am 27. Februar 2005 die Dresdner Bürger selbst in der Hand genommen, abschließend über den Bau der Waldschlößchenbrücke zu bestimmen. Als Jungliberale Aktion Dresden (JuliA- Dresden) sprechen wir uns für den Bau der Waldschlößchenbrücke aus.

Wir rufen alle Dresdnerinnen und Dresdner dazu auf, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Als Jungliberale Aktion Dresden wollen wir die Befürworter der Waldschlößchenbrücke im Rahmen unserer Möglichkeiten aktiv unterstützen, damit viele Bürgerinnen und Bürger von Dresden für den Bau der Brücke stimmen.

Beschlossen am 15.12.2004

## **Müllentsorgung, preiswert, ökologisch, einfach!**

### **Einführung**

Umweltpolitik ist nur dann wirksam, wenn sie nicht nur ökologische Effekte erzielt, sondern zugleich auch wirtschaftlich und bürgerfreundlich ist! Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Müllentsorgung in Dresden und darüber hinaus zu organisieren.

### **Feststellung**

Das derzeitige System der Mülltrennung hat zwar ökologische Fortschritte gebracht, ist aber teuer und verursacht unnötigen Aufwand. Der durch die Bürger vorsortierte Müll muss nochmals per Hand getrennt werden. Die Verwertung der Schlacke, die in Müllverbrennungsanlagen entsteht, ist weiter problematisch.

### **Lösung**

Der Stand der Technik erfordert zumindest in Dresden keine Mülltrennung mehr. Durch die mechanisch-biologischen Müllverwertungsanlagen in Dresden kann sämtlicher Abfall in der Anlage getrennt und umweltfreundlich entsorgt bzw. weiterverwendet werden. Dadurch kann Aufwand in Form des Wegfalls von Mülltrennung per Hand und unterschiedliche Abfallbehältern verringert werden. Sämtlicher bis jetzt im Hausmüll und der gelben Tonne anfallender Abfall könnte in einer Mülltonne entsorgt werden.

Der Wegfall der giftigen Schlacke bei der Müllverbrennung sorgt für eine noch umweltfreundlichere Müllentsorgung. Im Ergebnis ist dieses Verfahren mit wenig Aufwand bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung verbunden.

Im Zusammenhang mit diesem Verfahren ist die Änderung des rechtlichen Rahmens vom Dualen System Deutschland zu überprüfen und ggf. so zu ändern, dass das o.g. Verfahren rechtlich anzuwenden ist.

Beschlossen am 09.04.2003

## Personalstellen statt Kita- Plätze streichen

Die JuliA Dresden kritisiert die Sparpläne von OB Roßberg im Bereich der Kinderbetreuung und Schule.

Wer den Ansprüchen von Gewerkschaften und Personalrat für einen unvertretbar langsamen Personalabbau eher nachgibt als den Interessen der Kinder und deren Eltern findet nicht die Unterstützung der Jungliberalen Aktion Dresden. Durch die Kürzungen gefährdet Roßberg die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Väter und Mütter die ihre Kinder dadurch nicht in Kinderkrippen schicken können, gefährden den eigenen Arbeitsplatz bzw. die Chancen auf einen Neuen. Ziel einer wirksamen Sozialpolitik ist die Schaffung von Arbeitsplätzen und nicht die Verhinderung der Arbeitsaufnahme. Mit Einsparungen bei Bildung spart man nicht zuletzt an der Zukunft des Standortes Dresden.

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert den Oberbürgermeister von Dresden auf, die Sparpläne im Bereich der Kinderbetreuung und Schule zurückzunehmen. Gleichzeitig ist ein schneller Personalabbau innerhalb der Verwaltung unabwendbar. Um von externen Entscheidungen im Bereich des Tarifvertrages unabhängig sein zu können, muss die Stadt Dresden aus dem Geltungsbereich des BAT- O austreten und einen neuen flexibleren Haustarifvertrag aushandeln. Am Beispiel Dresden zeigt sich, dass ein aus dem Lot gekommenes Sozialsystem mit überzogenem Kündigungsschutz und zu hohen Sozialabgaben letztendlich sozial schädlich ist. Mit flexibleren Regelungen und ohne die enormen Kosten der Stadt Dresden im Bereich der Sozialabgaben wäre die Lage der Landeshauptstadt deutlich besser. Nicht zuletzt kritisiert die Jungliberale Aktion Dresden die kommunenfeindliche Gesetzgebung auf Landes- und Bundesebene, welche eigene Wohltaten und unerledigte Sparmaßnahmen auf die Kommunen abwälzen.

Es muss vielmehr dem Grundsatz genüge getan werden, dass der der zahlt auch das Recht haben soll zu entscheiden, was er bezahlt oder wie er ggf. die Einnahmen beschafft. Dem Konnexitätsgrundsatz des Grundgesetzes muss mehr Beachtung geschenkt werden. Das Recht auf Selbstverwaltung nach Art. 28 Grundgesetz muss durch bessere Finanzierungsmöglichkeiten auf Seiten der Kommune endlich mit Leben gefüllt werden.

Eine evtl. Verfassungsklage der Stadt Dresden gegen den Bund oder das Land Sachsen würde die Jungliberale Aktion unterstützen.

Beschlossen am 16.10.2002

## Innen und Recht

## Öffentliche Sicherheit: Kein Experimentierfeld für politische Sparmaßnahmen

Die Jungliberale Aktion Dresden sprechen sich entschieden gegen die von der Landesregierung beschlossene und bereits begonnene Wiedereinführung der Wachpolizei aus.

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist eine staatliche Kernaufgabe. In Sachsen stehen Landesregierung und Politik in der Pflicht, sicherzustellen, dass dieser Aufgabe nachgekommen werden kann. Dazu ist es auch nötig, die Polizei personell hinreichend gut aufzustellen, sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. Von Polizisten wird erwartet, dass sie Gefahrensituationen souverän meistern können. Um diesen Anforderungen gerecht werden zu können, bedarf es auch einer angemessenen Anzahl Polizeibeamter. Der Freistaat Sachsen ist darüber hinaus dafür verantwortlich, eine hochwertige Ausbildung von Polizisten sicherzustellen.

Polizeibeamte haben eine hoheitliche Aufgabe und müssen daher in Polizeirecht und Staatskunde bewandert sein. Auch müssen der Umgang mit der Waffe trainiert sowie erste praktische Erfahrungen im Rahmen der Ausbildung gewährleistet sein.

Die komplexen Aufgaben des Polizeivollzugsdienstes in einer 12-wöchigen Ausbildung zu vermitteln halten wir für verantwortungslos. Diese kurze Ausbildung sorgt nicht für die Sicherheit der Wachpolizisten in Gefahrensituationen und trägt in der Öffentlichkeit nicht zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl bei, da Polizisten als Uniformträger in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden und daher ein professionelles Verhalten erwartet wird. Auch die Einstellung der Wachpolizisten als Beschäftigte im öffentlichen Dienst sehen wir kritisch, da die Aufgabe der Polizei eine hoheitliche ist und daher nur von Beamten ausgeführt werden sollte.

Die Ausbildung der Bewerber der sächsischen Wachpolizei ist zu kurz, die Tätigkeit zu gering entlohnt und die Aussichten zu unsicher um professionelles Verhalten zu erwarten.

Qualifizierte Polizeiarbeit durch die bloße Bereitstellung einer Masse unzureichend ausgebildeter Wachleute in Polizeiuniformen ersetzen zu wollen, erachten wir als einen grundlegend falschen Ansatz. Die innere Sicherheit ist keine Spielwiese für Crashkurs-Ordnungshüter. Auch wenn das Feld der inneren Sicherheit

Einsparpotential bietet, so betrachten wir dennoch die Einrichtung einer Wachpolizei als keine geeignete Maßnahme zur Reduzierung der Staatsausgaben.

Beschlossen vom Kreisvorstand am 18.08.2017

# Sch(I)uss mit tödlichen Überraschungen - „Drug Checking“ ermöglichen!

## 1. Präambel

Beim Konsum illegaler Drogen kommt es auch heutzutage noch häufig zu Unfällen, oftmals mit tödlichem Ausgang. Viele dieser Unfälle sind auf Überdosierungen und Verunreinigungen der konsumierten Substanzen zurückzuführen. Diese Vorkommnisse sind auch auf die Unkenntnis der Konsumenten, bezüglich der Zusammensetzung, der Reinheit etc. der konsumierten Drogen zurückzuführen. Für Konsumenten, speziell für die suchtkranken unter ihnen, ist es nahezu unmöglich, an verlässliche Informationen über die, auf einem illegalen und illegalisierten Markt, angebotenen und erworbenen Substanzen zu gelangen.

Die Jungliberale Aktion Dresden sieht in der Politik der absoluten Prohibition kein geeignetes Mittel, diesem tödlichen Problem Herr zu werden – Die JuliA Dresden unterstützt daher „Safer Use“-Strategien ausdrücklich.

## 2. „Drug Checking“ legalisieren – Ein Betrag zum Schutz von Menschenleben

Im sogenannten „Drug Checking“ erkennen die Dresdner Jungliberalen einen Ansatz mit Potential, die Anzahl tödlicher Unfälle zu minimieren. Wir fordern daher, die Legalisierung sog. „Drug Checking Labs“, in welchen Konsumenten anonym die Identität, Reinheit und Konzentration von Drogen testen lassen können.

## 3. „Drug Checking“ sinnvoll umsetzen – Eine Konzeptskizze

Um das Leben schützende Potential des „Drug Checking“ ausschöpfen zu können, ist ein durchdachtes Konzept zu entwickeln. Für die Jungliberalen ist die Beachtung folgender Punkte bei der Entwicklung eines sinnvollen Programms unerlässlich:

- i. Konsumenten muss es möglich sein, ihre Substanzen anonym in einem „Drug Checking Lab“ testen lassen zu können. Die Mitarbeiter der Labore müssen einer Schweigepflicht unterliegen.
- ii. Ein „Drug Checking Lab“ muss, damit es den Betrieb aufnehmen kann, lizenziert werden. Eine nötige Lizenz kann durch das Gesundheitsamt erteilt werden. Voraussetzung für die Erteilung dieser Lizenz ist die Erfüllung folgender Kriterien:
  - a) Die Anonymität ist sicherzustellen.
  - b) Es muss nachgewiesen werden, dass kein Handel oder Weiterverkauf mit den Proben betrieben wird.



- c) Der Betreiber muss zusätzlich zu den Laboruntersuchungen auch Aufklärungs- und Suchtberatung durch geeignet qualifiziertes Personal anbieten.
- iii. Die Betreiber der Labore dürfen für den Besitz der Proben nicht strafrechtlich verfolgt werden.
- iv. In den Räumlichkeiten und im unmittelbaren Umfeld der „Drug Checking Labs“ sollen Konsumenten nicht strafrechtlich verfolgt werden dürfen. Ähnlich wie bei Konsumräumen soll die Polizei dort auf eine Strafverfolgung von Konsumenten verzichten. Die Labore dürfen aus den Untersuchungen gewonnene Daten nicht zum Zwecke der Strafverfolgung weitergeben. Die Speicherung von Daten zur untersuchten Substanz soll nur zu wissenschaftlichen und statistischen Zwecken erlaubt sein.

Beschlossen vom Kreisvorstand am 18.12.2016

## Keine Experimente – Einfach wählen gehen!

Die Legitimation jeglichen staatlichen Handelns ergibt sich in einer Demokratie aus den Ergebnissen öffentlicher Wahlen und Abstimmungen. Ein weitreichendes Vertrauen in die Integrität und Zuverlässigkeit des Ablaufs dieser Wahlen ist daher eine absolute Grundvoraussetzung, um diese Legitimation aus Sicht der Öffentlichkeit sicherzustellen. Das deutsche Wahlverfahren hat sich über Jahrzehnte bewährt. Änderungen, die reinem Aktionismus und einem falschen Fortschrittsverständnis entsprechen, sehen wir deshalb kritisch.

### **Wahlcomputer schaffen Probleme, die wir ohne sie nie gehabt hätten**

Insbesondere lehnen wir den Einsatz elektronischer oder rechnergesteuerter Wahlgeräte ("Wahlcomputer") konsequent ab. Deren vermeintliche Vorteile, wie etwa ein schnelleres Auszählen, stehen in keinem Verhältnis zu den mit ihrem Einsatz einhergehenden Problemen. Das konventionelle Verfahren mittels Stift und Stimmzettel ist transparent und für jeden nachvollziehbar. Elektronische Verfahren können in diesen Punkten schon aus technischen Gründen nicht mithalten.

Als Sonderfall können wir uns lediglich den Einsatz von Zählcomputern zur Unterstützung der Stimmzettelauszählung vorstellen, wie etwa durch eine automatische Auswertung eingescannter Stimmzettel. Dabei muss jedoch sicher gestellt sein, dass eine manuelle Auszählung zur Kontrolle weiterhin genauso möglich ist wie bisher.

Noch problematischer sind derzeit weitergehende Vorschläge, wie beispielsweise Wahlen über das Internet oder per SMS abzuhalten. Die Notwendigkeit, dabei den Abstimmenden als Wahlberechtigten zweifelsfrei zu authentisieren, steht im grundsätzlichen Widerspruch zum Grundsatz der geheimen Wahl. Weiterhin wäre die Absicherung gegen mögliche Manipulationen bei derartigen Verfahren weitaus schwieriger als bei Verfahren der persönlichen Stimmabgabe.

### **Zuhause steht keine Wahlkabine**

Das steigende Bedürfnis, bei der Stimmabgabe nicht mehr an den Wahltag und das lokale Wahllokal gebunden zu sein, darf jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, um unzumutbare Hürden für die Beteiligung an Wahlen zu vermeiden. Als zusätzliche Variante neben der Briefwahl fordern wir daher eine Ausweitung der Möglichkeiten der vorzeitigen persönlichen Stimmabgabe.

Jeder Wähler soll die Möglichkeit haben, innerhalb eines ausreichenden Zeitraums vor dem Wahltag seine Stimme ohne vorherige Anmeldung an entsprechenden Stimmabgabestellen abzugeben. Dafür sind entsprechende Abgabestellen in ausreichender Zahl und Dichte im gesamten Wahlgebiet einzurichten. Die Flexibilität, an jeder solchen Abgabestelle des jeweiligen Wahlkreises seine

Stimme abgeben zu können und dabei gleichwohl eine mehrfache Stimmabgabe zu verhindern, kann durch ein zentrales, stets aktuell gehaltenes, elektronisches Wahlregister ermöglicht werden. Dies würde es erlauben, jederzeit zu überprüfen, ob ein Wähler seine Stimme nicht bereits schon an anderer Stelle abgegeben hat.

Beschlossen vom Kreisvorstand am 18.12.2016

## Skandinavisches Jedermansrecht auch in Deutschland

In verschiedenen Ausführungen gilt in fast allen skandinavischen Ländern das "Jedermansrecht", welches ein freies und verantwortungsvolles Verhältnis zwischen Mensch und Wildnis erlaubt. Die Jungliberale Aktion Dresden fordert, ein ähnliches Modell auch in Deutschland zu etablieren. Dabei sollen grob folgende Maßgaben gelten:

*Bewegung in der Natur:* Mit nicht-motorisierten Fortbewegungsmitteln, die zudem wenig eingriffig sind, darf sich uneingeschränkt in der Wildnis bewegt werden.

*Übernachtungen im Freien:* Das Zelten/Übernachten unter freiem Himmel ist in der freien Natur grundsätzlich gestattet, am gleichen Ort allerdings maximal 3 Tage. Ein Abstand zu Häusern etc. von mindestens 200m ist zu wahren.

*Feuer:* Auch das Entfachen von Feuer soll im Zeitraum vom 15. September bis 15. April grundsätzlich erlaubt sein. Dabei ist der verantwortungsvolle Umgang besonders zu gewichten.

*Exkremete sind natürlich:* In der freien Wildnis, abseits der Sichtweite von Unterkünften, Menschen u.ä. soll das Ausscheiden von Exkrementen legal sein. Kot ist zu vergraben. Auch hier gilt ein Mindestabstand von Häusern u.ä. von 200m.

*Achtung von Privatgrundstücken und -eigentum:* Umzäunte Privatgrundstücke dürfen im Allgemeinen auch weiterhin nicht betreten werden. Kultivierte Felder sind nur durch die Nutzung von Wegen o.ä. zu überqueren.

*Unversehrtheit wahren:* Es ist von jedem, der von diesem Recht Gebrauch machen will, die Unversehrtheit der Natur zu wahren. Dazu gehört das Mitnehmen von Abfällen, die während eines Aufenthalts in der Natur entstehen. Weiterhin ist das Jedermansrecht in Nationalparks entsprechend einzuschränken. Übernachtungen können gleichwohl stattfinden, Zelten soll dort aber beispielsweise nicht erlaubt sein.

Beschlossen am 07.12.2016

## **Nur Homophobie ist heilbar – Gegen „Homo-Heilungen“!**

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert ein Verbot der Konversionstherapie (bekannt als sog. „Homo-Heilung“) an Minderjährigen zum Schutz der freien Entwicklung ihrer Sexualität.

Weiterhin fordern wir das Ende der Anerkennung dieser Art von Therapieangeboten bei Krankenkassen.

Beschlossen am 07.12.2016

## Übertragung von Betrieben

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert, die Übertragung von Betrieben im Wege der vorweggenommenen Erbfolge steuerlich zu entlasten. Insbesondere soll darauf hingearbeitet werden, Erleichterungen rechtsformunabhängig zugänglich zu machen.

Beschlossen am 08.06.2016

## Für eine Willkommenskultur mit Zukunft

Die Jungliberale Aktion Dresden befürwortet und unterstützt die Aufnahme von Flüchtlingen und anderen Asylsuchenden in unserer Stadt. Unserem liberalen Leitbild folgend ist es für uns selbstverständlich, Menschen, die Schutz und ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde suchen, bei uns willkommen zu heißen.

Dabei sollte die finanzielle Belastung der Stadt Dresden so gering wie möglich gehalten werden. Die Jungliberale Aktion Dresden macht daher verschiedene Vorschläge, wie die Kosten verringert werden können und eine nachhaltige Nutzung von Aufnahmeeinrichtungen ermöglicht werden kann.

Die Errichtung von temporären Notaufnahmeeinrichtungen soll möglichst wenig durch Baustandards reglementiert werden. Die bauliche Sicherheit, der Schutz vor Kälte, Hitze, Feuchtigkeit etc., die Einhaltung menschenwürdiger hygienischer Zustände usw. sind selbstverständlich sicherzustellen. Die Einhaltung von bspw. Energie- und Umweltstandards und -Auflagen sollte allerdings zweitrangig sein.

Beim Bau temporärer Komplexe stellt sich zurzeit das Problem, dass eine Versorgung über sog. Container-Bauten nicht sichergestellt werden kann, da diese nur schwer verfügbar sind. Daher unterstützt die Jungliberale Aktion Dresden die Errichtung von Gebäuden in Fertigteilbauweise. Unter fachkundiger Anleitung (Firmen aus den Branchen Bau, Zimmermannswesen, Sanitäreanlagen, Elektro- und Energieversorgung etc.) und auf freiwilliger Basis (optional: gegen Vergütung der geleisteten Arbeitsstunden) könnten die zukünftigen Bewohner bei der Errichtung der Gebäude handwerklich mitarbeiten. Dies ermöglicht Asylsuchenden, den tristen Alltag zu durchbrechen und einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen. Des Weiteren ermöglicht es Firmen aus dem Handwerk, neue Auszubildende anzuwerben. Die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten können Asylsuchende bei einer späteren Arbeitssuche oder einer Bewerbung auf Auszubildendenstellen bzw. Studienplätze als Qualifikation einbringen.

Werden zur Aufnahme von Asylsuchenden Gebäude in massiver Bauweise errichtet, so soll bei deren Projektierung eine nachhaltige Nutzung bedacht werden. Daher sollten die Gebäude so geplant werden, dass sie nach einer Nutzung als Asylunterkunft (z.B. im Zuge einer Entspannung der Flüchtlingssituation) mit geringem baulichem Aufwand in Mietwohnungen umgewandelt werden können. Die Stadt Dresden soll die umgebauten ehem. Asylunterkünfte dann zum Kauf ausschreiben, sodass diese dann dem freien Wohnungsmarkt als Mietobjekte zur Verfügung stehen. Alternativ sind auch Nutzungen als Studenten-, Auszubildenden- oder Schülerunterkünfte denkbar.

Weiterhin appellieren wir an die Verantwortlichen in der Stadt, mit Weitsicht in die Zukunft zu schauen. Es ist davon auszugehen, dass es auch weiterhin zu politischen und humanitären Krisensituationen in Teilen der Welt kommen wird. Daher sollte bedacht werden, dass es immer wieder zu Zeiten gesteigerten Asylzustroms kommen kann. Die Jungliberale Aktion Dresden fordert daher von der Stadt, sich frühzeitig Gedanken über die Standorte möglicher Notunterkünfte zu machen, sodass zügig gehandelt werden kann, wenn es die Lage erfordert.

Wir fordern darüber hinaus von der Bundesregierung eine bessere Organisation der Flüchtlingskrise und eine bessere Unterstützung der Kommunen. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Asylsuchenden ist auf das Nötigste zu beschränken und die Möglichkeiten zur Aufnahme einer Arbeitstätigkeit sind zu entbürokratisieren. Insbesondere die strengen Nachweispflichten für Arbeitgeber und die Hürden bei der Anerkennung der Ausbildungen sind zu vereinfachen. Eine Isolation der Asylsuchenden in immer größeren Asylheimen stellt für uns langfristig keine adäquate Lösung dar. Sollten, sofern dies nicht zu vermeiden ist, große zentralisierte Unterkünfte weiterhin eingerichtet werden, ist eine frühzeitige und umfassende Information der Anwohner notwendig, um Vorurteilen und Ängsten entgegenzuwirken. Einwanderung und Integration sind für Deutschland eine entscheidende Möglichkeit für die Beibehaltung unseres hohen Lebensstandards und stellen keine Gefahr dar. Die Residenzpflicht ist abzuschaffen.

Beschlossen am 09.12.2015



## Eigentum Schützen

Die Jungliberale Aktion Dresden sieht den Schutz des privaten Eigentums vor dem Zugriff staatlicher und institutioneller Willkür als elementaren Pfeiler einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung. Daher lehnen wir Beschlagnahmungen und Enteignungen, bspw. zum Zwecke der Schaffung von Asylunterkünften, ab.

Beschlossen am 09.12.2015

## Möglichkeiten zur privaten Unterstützung von Flüchtlingen verbessern

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadtverwaltung auf, zusätzlich zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern Möglichkeiten zur privaten Unterstützung von Flüchtlingen zu verbessern

Eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern ist der Heimunterbringung vorzuziehen. Da es aber nicht Aufgabe der Stadt ist, Wohnungen auf Vorrat vorzuhalten und es innerhalb weniger Monate nicht möglich ist, einen Bestand für mehrere hundert Asylbewerber zu erwerben, soll sich die Stadt um einen dritten Weg bemühen. Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich für die Koordinierung von Bürgerschaftsübernahmen für Asylbewerber und einen Modellversuch des Tandem-Modells zur Unterbringung von Flüchtlingen ein:

Mit Bürgerschaftsübernahmen ist das Ersuchen und Werben um Flüchtlingsinitiativen innerhalb der Dresdner Bevölkerung gemeint, in der sich Bürger zusammenfinden und jeweils einen oder mehrere Asylbewerber unterstützen. Sie können gemeinsam eine Unterkunft organisieren und ebenfalls gemeinsam für einen menschenwürdigen Lebensunterhalt aufkommen. Die Koordination und ggf. (Teil-)Förderung von Flüchtlingsinitiativen kann über die beiden Clearingstellen der Stadt laufen. Im Fall des Tandem-Modells werden Asylbewerber bei Privatleuten untergebracht. Die Kommune übernimmt die Lebens- und Krankenversicherung während die Privatleute für Miete und Unterkunft aufkommen.

Beschlossen am 03.12.2014

## **Volksentscheid zum Buß- und Betttag**

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert einen Volksentscheid über den Fortbestand des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag in Sachsen.

Beschlossen am 02.07.2014

## **Sinnvolle Wohnungsbauförderung statt Mietpreisbremse**

Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich gegen die Einführung einer weiteren gesetzlichen Mietpreisbremse ein. Weiterhin sollen die Städte und Gemeinden, insbesondere die Stadt Dresden, den Wohnungsbau durch die zügige Erstellung von Bebauungsplänen, der Widmung entsprechender Flächen, zusätzliche Ausschöpfungen von Verdichtungsmöglichkeiten und Bereitstellung notwendiger Infrastruktur fördern. Als sozialpolitisches Werkzeug ziehen wir ein kommunales Wohngeld dem sozialen Wohnungsbau vor und lehnen dementsprechend eine Neuauflage einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ab. Fehlbelegungen von bestehenden Sozialwohnungen müssen konsequent vermieden werden. Es soll geprüft werden, inwiefern neue Modelle des genossenschaftlichen Wohnungsbau und Bauherrengemeinschaften vonseiten der Stadt unterstützt werden können.

Beschlossen am 19.06.2013

## **Keine Begrenzung von Bargeldzahlungen**

Die Jungliberale Aktion Dresden lehnt die Begrenzung von Bargeldzahlungen ab. Darüber hinaus ist auch die komplette Abschaffung von Bargeldzahlungen für uns keine Option.

Beschlossen am 19.06.2013

## **Kein Verbot von Plastiktüten durch die EU-Kommission**

Die Jungliberale Aktion Dresden spricht sich gegen das geplante Verbot von Plastiktüten durch die EU-Kommission aus. Stattdessen soll die EU-Kommission daraufhin wirken, dass die wilde Entsorgung von Müll in europäischen Gewässern unterbunden wird und Müllentsorgungssysteme weiter ausgebaut werden bzw. gut funktionierende Entsorgungssysteme einzelner Mitgliedsstaaten in anderen Mitgliedsstaaten etabliert werden.

Beschlossen am 22.06.2011

## Beenden von Verkauf von Meldedaten

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert, dass das sächsische Meldegesetz (SächsMG) insoweit geändert wird, dass Daten nur nach aktiver Zustimmung der Betroffenen weitergegeben werden dürfen. Alle bereits weitergegebenen Daten müssen vernichtet werden.

Darüber hinaus fordert die Jungliberale Aktion Dresden den Rücktritt des sächsischen Innenministers Albrecht Buttolo (CDU) sowie des Dresdner Datenschutzbeauftragten. Der Datenschutzbeauftragte hat die Aufgabe darauf hinzuwirken, dass die Daten der Bürger mit der notwendigen Sorgfalt behandelt werden. Der Datenschutzbeauftragte hat in diesem Fall grob versagt und sollte diesen wichtigen Posten frei machen für jemanden, der seiner Verantwortung gerecht wird.

Beschlossen am 17.12.2008

## Für eine moderne Verwaltung

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert eine Änderung der sächsischen Gemeindeordnung dahingehend, Gemeinden zu verpflichten, kommunale Informationsfreiheitsatzungen zu erlassen. Die Rahmenbedingungen der Satzungen haben sich an den Grundzügen und Grundgedanken des Informationsfreiheitsgesetzes im Bund (Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes) zu orientieren, welches eine Umkehrung des Amtsheimnisses darstellt. Verpflichtend müssen diese Satzungen über eine klare Gebührenordnung verfügen, die eine angemessene Kostendeckelung von Anfragen erlaubt, bei der aber 500€ für eine Anfrage nicht überschritten werden dürfen. Die Übergangszeit nach Änderung der Gemeindeordnung darf drei Jahre nicht überschreiten.

Weiterhin fordern wir die Stadt Dresden auf, dass Vermögen und die Schulden städtischer Privatunternehmen im Haushaltsplan auszuweisen sind, analog wie es bei Regiebetrieben der Fall ist. Damit einher geht eine Änderung der sächsischen Gemeindeordnung um eine solche Ausweisungspflicht für alle Kommunen einzuführen.

Darüber hinaus soll die Stadt ernsthaft prüfen ob die städtische IT zum nächsten vorgesehenen Erneuerungstermin teilweise oder ganz auf Open- Source- Produkte umgestellt werden kann. Sollte eine Prüfung ergeben, dass sich durch eine solche Umstellung mittelfristig Kosten senken lassen, so ist dieses zu vollziehen. Dabei sollte auf Erfahrungen der Umstellung der Münchener Verwaltungs- IT zurückgegriffen werden.

Beschlossen am 17.12.2008



## Informationsfreiheitgesetz

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die sächsische Landesregierung auf, schnellstmöglich ein Informationsfreiheitgesetz in naher Anlehnung an das „Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes“ zu beschließen. Die landesgesetzliche Umsetzung sollte sich dabei an Ländern wie Berlin oder Brandenburg orientieren, die im Kontrast zur Umsetzung im Land Hamburg stehen. Weitergehend sollte eine feste Gebührenordnung analog zur Gebührenordnung im Land Bremen verfasst werden.

Beschlossen am 13.06.2007

## Keine Angst vor Killerspielen

Die JuliA lehnt die von der Bundesregierung geplante Neuordnung der aktuellen Bestimmungen zum Jugendmedienschutz ab.

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD sieht eine „Evaluation“ folgender Fragestellungen vor:

- „Regulierte Selbstkontrolle“
- Altersgrenzen für die Freigabe von Filmen und Spielen/  
Alterskennzeichnung von Computerspielen
- Verbot von „Killerspielen“

Zielrichtung dieser Überprüfung ist eine Verschärfung der bestehenden Regelungen. Das größte Augenmerk der Befürworter einer solchen Verschärfung liegt dabei auf einem implizierten Zusammenhang zwischen Gewaltdarstellung in elektronischen Medien –insbesondere elektronischen Spielen – und Gewaltanwendung in der Realität. Aber auch die Darstellung von sexuellen Inhalten, Drogenkonsum, Diskriminierung und vulgärer Sprache wird zum Teil zur Begründung herangezogen.

Die JuliA stellt sich aus folgenden Gründen entschieden gegen diese Vorstellung und die damit verbundenen möglichen gesetzlichen Neuregelungen:

### 1.1

Überspitzte oder verzerrte Wirklichkeitsdarstellungen sind Teil eines Lernprozesses bei dem die Kategorisierung, Bewertung und die Entwicklung von Alternativen erlangt wird. Viele dieser Darstellungen sind als gesellschaftliche Realität als Konsequenz und nicht als Ursache zu betrachten. Die Auseinandersetzung mit unmenschlichen Charakteren und Handlungsmustern sind ein integraler Bestandteil bei der Schaffung eines ethischen Bewusstseins.

Konfrontation - nicht Isolation - sichert eine dahingehende Sensibilisierung und einen Erfahrungsgewinn für Jugendliche.

### 1.2

Beobachtete oder erlebte Handlungsoptionen in elektronischen Medien können als vorbereitendes Training für Verhalten in realen Situationen dienen, indem sie z. B. dabei helfen, Motive, Verhaltensweisen und Bewertungen von potenziell gefährlichen Menschen und Situationen genauer abzuschätzen.

### 1.3

Die Verlagerung aggressiver Verhaltensmuster in Fantasiewelten dient oftmals zum Abbau realer Aggressionsbereitschaft.

### 2.1

Es existiert derzeit weder eine breite wissenschaftliche Basis oder ein Konsens der einen Zusammenhang von Gewalt oder andere Medien belegt. Viele Studien die einen Zusammenhang suggerieren wurden wegen methodischen Fehlern angegriffen und können keine tatsächliche Kausalität nachweisen.

Einzig, dass elektronische Medien einer von vielen – anderen, unmittelbar unterlegenen – Risikofaktoren sein können, gilt als gesichert. Eine darüber hinausgehende Beziehung konnte keine einzige Studie nachweisen.

Ein weiterer Handlungsbedarf oder Handlungsempfehlung für den Gesetzgeber lässt sich aus der Forschung daher nicht ableiten.

### 3.1

Die Verantwortung der Erziehungsberechtigten wird weiter eingeschränkt. Nur eine Auseinandersetzung und Überwachung der elektronischen Medien die ihre Kinder konsumieren kann effektiven Schutz leisten. Gesetzliche Maßnahmen können und dürfen diese Tatsache nur stützen.

### 3.2

Nur 5 % der erscheinenden elektronischen Spiele verfügen tatsächlich über eine Altersfreigabe von 18 Jahren. Begriffe wie „Killerspiele“ und „Killervideos“ sind in nahezu allen Fällen ein extrem verkürztes, verzerrtes Bild von elektronischen Medien und ihren Konsumenten. Gerade im Vergleich zu anderen Medien und Betätigungen und ihren Konsumenten. Gerade im Vergleich zu anderen Medien und Betätigungen findet hier eine undifferenzierte Dämonisierung statt.

### 3.3

Erwachsene und geistig reife Konsumenten von elektronischen Medien werden durch die Konsequenzen einer restriktiven Politik unverhältnismäßig diskriminiert. Das Durchschnittsalter von Konsumenten elektronischer Spiele ist im Trend steigend. Die größte Gruppe ist bereits über 18 Jahre alt.

### 4.1

Der derzeitige gesetzliche Rahmen ist ausreichend. Elektronischen Medien mit ausgeprägten z. B. Gewalt- oder Sexualdarstellungen dürfen gemäß ihrer Altersfreigabe nicht an Minderjährige verkauft werden. Die bestehenden Systeme zur Alterskennzeichnung wie FSK, USK und PEGI, die deutlich auf jeder Verpackung von elektronischen Medien angebracht sind, geben Erziehungsberechtigten deutlich Hinweise auf die Eignung für ihre Kinder.

Beschlossen am 14.12.2005

## Ausstellung vom Waffenbesitzkarten

Die Jungen Liberalen sprechen sich für eine strengere Regelung zur Ausstellung und Verlängerung von Waffenbesitzkarten aus. Die Überprüfung der Eignung und Zuverlässigkeit von Inhabern einer waffenrechtlichen Erlaubnis hat mindestens einmal jährlich von der zuständigen Behörde stattzufinden. Die Jungen Liberalen setzen sich für eine grundlegende Überarbeitung des Waffengesetzes ein. Es gilt zu überprüfen, inwiefern überhaupt die Notwendigkeit besteht, Privatpersonen eine Erlaubnis zu erteilen, Waffen zum Sport und Spiel in ihren Wohnräumen zu verwahren.

Beschlossen am 29.06.2005

## Kinderlärm

Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Zu ihrer Entwicklung gehört natürlich Spiel- und Bewegungstrieb, der nun mal Lärm verursacht. Ein kinderfreundliches Umfeld toleriert das selbstverständlich.

Leider werden jedoch immer wieder Gerichte mit der Entscheidung beauftragt, ob Kinderlärm zur Mietminderung für Mitbewohner oder gar zur Kündigung des Mietvertrages für die Familie der kleinen Störenfriede führen soll.

In einem Staat der Kinder sehr nötig hat, fordert die Julia Dresden, dass Kinderlärm weder Mietminderungs-, noch Entschädigungs-, noch gar Kündigungsgrund sein soll.

Beschlossen am 29.06.2005

# Hochschule und Wissenschaft

## **Für freie und digitale Forschung und Lehre!**

Damit Studenten in Zukunft verstärkt durch digitale Lehrinhalte unterstützt lernen können und damit Lehrende ihrer Aufgabe möglichst effektiv und ohne Rechtsunsicherheit nachkommen können, fordern wir die VG Wort, die Kultusministerkonferenz sowie die Hochschulrektorenkonferenz auf, zügig eine sachgerechte Übereinkunft zur Abrechnung urheberrechtlich geschützter Inhalte in Lehrmaterialien und digitalen Semesterapparaten zu treffen.

Als geeignetstes Mittel empfehlen wir eine Pauschalvergütung, die sich an der Anzahl der Kursteilnehmer und jährlich durchzuführenden repräsentativen Erhebungen der tatsächlichen Nutzung solcher Inhalte orientiert.

Mittelfristig ist das Urheberrecht anzupassen, um die Entstehung von echtem Wettbewerb im Bereich der Verwaltung von Verwertungsrechten an Sprachwerken zu erleichtern.

Beschlossen vom Kreisvorstand am 18.12.2016



## **Arbeitsweise des Referats Politische Bildung des Studentenrates der TU Dresden**

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert das Referat Politische Bildung des Studentenrats der TU Dresden auf, sich bei seiner Arbeit auf studentische Belange zu konzentrieren. Die Themensetzung und Sprache (z.B. Schreibweisen und Fachbegriffe) müssen sich mehr an der breiten Mehrheit der Studenten orientieren und dürften nicht nur für bestimmte Fachbereiche oder Einzelpersonen Relevanz haben.

Kernaufgabe ist es, die Studierenden über relevante, politische Angelegenheiten möglichst wertungsfrei zu informieren. Bei Themen, die sich aus studentischer Sicht nicht wertungsfrei darstellen lassen, muss ein pluralistisches Meinungsbild abgebildet werden. Das Referat darf keine offizielle Kooperation mit Organisationen und Personen, die Grundwerte und Grundsatzartikel der deutschen Verfassung ablehnen und dieser Einstellung mit Gewalt Ausdruck verleihen, eingehen.

Beschlossen am 07.12.2011

## Teilsanierung von Schulen

Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich für eine effizientere Verwendung der Mittel zur Sanierung von Schulen ein. Die Mittel sollen zukünftig nicht nur für wenige und umfangreiche Komplettsanierungen, sondern für die Beseitigung von grundlegenden Mängeln (Teilsanierungen) an möglichst vielen Schulen verwendet werden. Des Weiteren soll bei allen Sanierungen die Notwendigkeit einzelner Baumaßnahmen geprüft werden. Nicht zwingend notwendige Maßnahmen oder Bauten sollen nicht ausgeführt werden. Notwendige Neubauten von Schulen sollen auch zukünftig finanziert werden.

Beschlossen am 08.12.2010

## Einführung von Forschungsprofessuren

Die Jungliberale Aktion fordert die Einführung einer Forschungsprofessur an sächsischen Hochschulen. Damit sollen in Zeiten knapper öffentlicher Kassen die Hochschulen effektiver nötige Drittmittel erwerben können und ausgezeichneten Forschern, denen die Fähigkeit zur Lehre fehlt, trotzdem die Möglichkeit gegeben werden, eine Professur auszufüllen.

Nach dem gültigen Hochschulgesetz ist ein Professor ein zur Forschung und Lehre verpflichteter Beamter. Neben der Forschung, der einzigen Möglichkeit für die Universität, Drittmittel einzuwerben, muss der Professor auch ein bestimmtes Pensum an Lehre absolvieren. Dieses Pensum wird nicht von allen Dozenten in ausreichender Qualität geleistet, meist, weil ihre Fähigkeiten eher bei der Forschung liegen.

Eine Fakultät, die ihre Lehre mit ihren Professoren nach heutigen Muster (weiter FL- Professoren genannt) sicherstellen kann, soll die Möglichkeit erhalten, Forschungsprofessuren einzurichten. Ein Forschungsprofessur wird nicht verbeamtet und ist befristet eingestellt. Die Habilitation oder eine gleichwertige Leistung ist auch bei ihm Voraussetzung für die Einstellung. Er hat keine Lehrverpflichtungen zu leisten, mit Ausnahme von Kolloquien. Im Gegensatz zu einem FL- Professor soll er mindestens  $\frac{2}{3}$  weniger öffentliche Mittel erhalten und damit einen Anreiz zur Einwerbung von Drittmitteln bekommen. Sein Gehalt ist frei verhandelbar. Sein Deputat fließt gesondert in den Forschungsbericht der Fakultät ein, um einen Vergleich der Wirksamkeit seiner Professur zu den FL- Professuren zu ermöglichen.

Die sonstigen Verpflichtungen eines Hochschuldozenten, wie die Mitarbeit in der Selbstverwaltung soll der Forschungsprofessor auch erfüllen.

Beschlossen am 20.12.2006

## Rahmenbedingungen für Studiengebühren schaffen

Die Einführung von Studiengebühren ist in Zukunft nicht mehr auszuschließen. Wir als Junge Liberale halten die finanzielle Beteiligung der Studierenden an den Kosten ihre Ausbildung aber auch für richtig und wichtig. Vor der Einführung von Studiengebühren müssen aber entsprechende Rahmenbedingungen für einen chancengerechten Hochschulzugang und für mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen geschaffen werden.

Studiengebühren enthalten- richtig gestaltet - eine Chance, um die Situation an den Universitäten deutlich zu verbessern. Durch zusätzliche Beiträge der Studenten kann sich die finanzielle Ausstattung der Hochschulen im Freistaat Sachsen verbessern. Außerdem bekommen die Studenten mehr Einfluss auf die Entscheidungen innerhalb der Universität. Als Mitfinanzierer der Universität haben sie mehr Gewicht, als je durch formale Regeln zur studentischen Mitbestimmung erreichbar wäre. Ein solches Verhältnis zwischen Student und Hochschule muss dann einklagbare Rechte der Studenten und Regressansprüche bei mangelhafter Leistung beinhalten.

Auch nach der Einführung muss das Hochschulstudium aber weiterhin für Menschen aus allen Bevölkerungsschichten möglich sein; niemand darf aufgrund seiner sozialen Herkunft von einem Studium ausgeschlossen werden. Zu den Rahmenbedingungen für einen chancengerechten Hochschulzugang gehören die Reform des BAföG, der Ausbau des Stipendiensystems und die Schaffung eines Darlehenssystems zur Finanzierung der Studiengebühren.

Bereits heute stehen in Randbereichen des Hochschulwesens verschiedene Finanzierungswege zur Verfügung - von nachgelagerten Gebühren über Bildungsdarlehen und Ausbildungsversicherungen bis hin zu Teil- und Vollstipendien. Diese Möglichkeiten müssen aber- ggf. durch staatliche Förderung - deutlich ausgeweitet werden, wenn Studiengebühren erhoben werden sollen. Dabei soll nicht ein einzelnes allgemeingültiges Modell vorgegeben werden. Nur durch eine Vielfalt unterschiedliche Finanzierungsvarianten können die individuellen Lebenssituationen jedes Studenten optimal berücksichtigt werden.

Die Erhebung von Studiengebühren kann jedoch nur dann den Studenten helfen, ihre Interessen mit mehr Gewicht einzubringen, wenn die Hochschulen die Möglichkeit erhalten, ihre Lehrbedingungen selbst zu gestalten. Nur wenn das staatliche Umfeld funktionierenden Wettbewerb um wissenschaftliche und didaktische Höchstleistung ermöglicht, machen Gebühren Sinn. Deshalb ist eine wesentliche Voraussetzung, dass die Bildungseinrichtungen mehr

Eigenständigkeit und finanzielle Freiräume erhalten. Studiengebühren müssen dabei ausschließlich den Hochschulen zugutekommen. Die Höhe der Gebühren wird dann nicht staatlicherseits vorgegeben, sondern kann von den Hochschulen in eigener Verantwortung festgelegt werden. Die Finanzierung von staatlicher Seite muss in der derzeitigen Höhe gewährleistet bleiben.

Beschlossen am 14.12.2005

## Verkehr und Infrastruktur

## Elektrisch mobil – Jetzt erst recht!

Die Jungliberale Aktion Dresden erkennt in der PKW-Elektromobilität eine zukunftssträchtige Technologie. Unter der Voraussetzung einer CO<sub>2</sub>- und schadstoffarmen Elektroenergiebereitstellung sehen wir die Elektrifizierung des PKW-Verkehrs als eine von mehreren Möglichkeiten, die schadstoffbedingte Belastung von Mensch und Natur durch den Individualverkehr zu minimieren. Daher setzen wir uns dafür ein, die Stadt Dresden auch zu einer elektrofahrfreundlichen Stadt zu entwickeln und befürworten das geplante Pilotprojekt.

Durch den stattfindenden Austausch und die Auslagerung des Fuhrparks städtischer Unternehmen geht die Stadt hier mit gutem Beispiel voran. Diese Entwicklung sollte konsequent und zügig vollzogen werden. Als wichtigen Faktor für die Annahme von Elektrofahrzeugen durch die Bevölkerung erkennen wir das Vorhandensein einer dichten Ladeinfrastruktur. Während die Pläne der DREWAG, an wichtigen Knotenpunkten in Ladestationen zu investieren, eine derzeit noch vorhandenen Lücke schließt und grundsätzlich begrüßenswert ist, zeigt sich, dass zunehmend private Unternehmen entsprechende Angebote zur Verfügung stellen. Mittelfristig kann und wird die Versorgung durch private Anbieter möglich sein, so dass weitere Neuerrichtungen von städtischer Seite nach 2020 regelmäßig nicht erforderlich sein werden. Die Stadt sollte darauf hinarbeiten, gemeinsam mit den privaten Anbietern einen einheitlichen Standard zur Bezahlung an Ladestationen in Dresden zu finden. Soweit möglich sollen auch andere Mobilitätsdienstleistungen in das System integrierbar sein.

Dresden soll sich zudem weiterhin für die Weiterentwicklung und Verbreitung der Technologie einsetzen, indem es der Forschung in diesem Bereich sowie der Vermittlung von Ergebnissen und des Forschungsstandes gegenüber der Öffentlichkeit Raum bietet. Die geplante Einrichtung einer Vielzahl intermodaler Mobilitätspunkte in Dresden begrüßen wir. Bei deren Ausgestaltung sollte jedoch darauf geachtet werden, auch Nutzern herkömmlicher Verkehrsmittel Stellplätze zur Verfügung zu stellen, um das Angebot so für mehr Nutzer zu erschließen. Als Ergänzung zum System der Mobilitätspunkte schlagen wir die Schaffung eines zentralen Knotenpunktes in Form eines Mobilitätszentrums an der Reitbahnstraße vor. Die dortige Fläche wird aktuell durch die Stadt als Parkplatz betrieben und sollte perspektivisch durch die Errichtung eines multifunktionalen Parkhauses / Mobilitätshubs die Zahl der Parkmöglichkeiten erhöhen, sowie die Nutzungen wie Bike&Ride, Park&Ride, Leih-Stationen für Motorroller, Elektrofahrzeug-Ladestationen, Car-Sharing und Fahrrad-Leihstationen integrieren. Eine kombinierte Nutzung im Hinblick auf die Entwicklung eines innerstädtischen ZOB sollte geprüft werden.

Die im Elektromobilitätsgesetz vorgesehenen Maßnahmen betrachten wir als ungeeignet.

Beschlossen am 14.06.2017



## **Gebt der Jugend die Straße zurück – Schein für Schein! Für begleitetes Fahren ab 16!**

Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich für eine Absenkung des Mindestalters zum Erwerb der Fahrerlaubnis und Neuregelungen bezüglich des begleiteten Fahrens aus.

Konkret fordern wir folgende, auf die Führerscheinklasse B bezogene, Änderungen:

- i. Das Mindestalter für den Start der Ausbildung zum Erwerb der Fahrerlaubnis soll auf 15 Jahre abgesenkt werden.
- ii. Die Führerscheinprüfung darf frühestens 3 Monate vor Vollendung des 16. Lebensjahres abgelegt werden.
- iii. Begleitetes Führen eines Kraftfahrzeugs soll ab dem vollendeten 16. Lebensjahr möglich sein, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
  - a) Der minderjährige Fahrzeugführer hat die Führerscheinprüfung bestanden und ist im Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis.
  - b) Begleitpersonen müssen mindestens das 26. Lebensjahr vollendet haben und mindestens 10 Jahre ununterbrochen im Besitz einer mindestens entsprechenden das 30. Fahrerlaubnis Lebensjahr vollendet sein oder haben und mindestens 5 Jahre ununterbrochen im Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis sein.

Weitere Regelungen zu Begleitpersonen bleiben bestehen und gelten wie bisher. Auf dem Führerschein ist die Berechtigung zum begleiteten Fahren ab 16 Jahren durch die ausstellende Behörde kenntlich zu machen.

Bestehende Regelungen zur Probezeit sowie zur „Null-Promille-Grenze“ bis zum vollendeten 21. Lebensjahr bleiben bestehen und gelten wie bisher.

Als Jungliberale fordern wir den Freistaat Sachsen auf, dieses Konzept im Rahmen eines Pilotprojekts und Modellversuchs zu erproben.

Beschlossen am 07.12.2016, redaktionell angepasst.

## **Sanduhrsymbol in die Fußgängerampel**

Die Stadt Dresden soll in den Bedarfsampeln für Fußgänger die „Signal kommt“-Schablonen durch Sanduhrsymbole ersetzen.

Beschlossen am 03.12.2014

## **Königsbrücker Straße bestandsnah sanieren (Variante 7)**

Die Jungliberale Aktion fordert die FDP Dresden für den Fall, dass in der neuen Legislaturperiode des Stadtrates ein neuer Beschluss zum Ausbau der Königsbrücker Straße getroffen wird, auf, ein Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid zur bestandsnahen Sanierung der Königsbrücker Straße (sogenannte Variante 7) anzustrengen, sodass der bereits getroffenen Stadtratsbeschluss zur Variante 7 umgesetzt wird.

Beschlossen am 02.07.2014

## Für eine ausgewogene Verkehrsentwicklung in Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden spricht sich für eine gleichrangige Betrachtung der Verkehrsträger aus. Wir bevorzugen weder Bus noch Bahn auf der einen Seite oder den Individualverkehr auf der anderen Seite. Alle Verkehrsträger und Verkehrsteilnehmer sollen in Dresden nicht nur gleichberechtigt behandelt werden, wir fordern zusätzlich noch, dass sich die Stadt auf die Bedürfnisse der Einwohner einstellt und ihre Infrastrukturmaßnahmen in den kommenden Jahren daran ausrichtet. Wir wollen eine funktionierende Infrastruktur und einen funktionierenden Verkehrsfluss in Dresden und keine einseitige Ausrichtung auf einen Verkehrsträger. Demnach lehnt die Jungliberale Aktion Dresden die im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2025 geplante Umgestaltung der Stadt mit Kfz-Verboten in der Innenstadt und dem massiven Ausbau von Straßenbahnlinien und ÖPNV-Angeboten, ein komplettes Tempo 30 innerhalb der Stadtgrenzen und zahlreichen weiteren Gemeinden ab. Nicht nur ist dies eine einseitige Bevorzugung eines Verkehrsträgers, es ist darüber hinaus äußerst unrealistisch, ob infrastrukturelle Stadtumbaumaßnahmen mit einem Kostenfaktor von 1,2 Mrd. Euro jemals finanziert werden können. Für uns stehen der Erhalt der Straßen sowie der Erhalt des aktuellen Niveaus des ÖPNVs, welcher in Dresden den modernsten Fuhrpark Deutschlands hat, im Wesentlichen an erster Stelle. Erweiterungen, Ausbau und Neuanschaffungen soll es nur aufgrund der entsprechenden Notwendigkeit und vor dem Hintergrund der gesicherten Finanzierung geben. Natürlich müssen auch Fußwege repariert und der Elbradweg ausgebaut werden. Bereits seit langem geplante Sanierungen von Straßenzügen, wie der Königsbrücker Straße in dem inzwischen gefundenen Kompromiss der Variante 7, deren Finanzierung auch sichergestellt ist, sollen nun endlich zügig umgesetzt werden. Neue Straßenbahnstrecken sind auf ihre Sinnhaftigkeit und Finanzierbarkeit zu prüfen. So sehen wir eine Straßenbahnlinie auf dem Zellschen Weg durchaus als vernünftig an. Gleisabstandsverbreiterungen und breitere Stadtbahnwagen, für die alle Haltestellenkaps der Stadt umgebaut werden müssen, braucht dagegen kein Mensch. So können anstatt breiterer Straßenbahnwagen auch längere Straßenbahnwagen (z.B. 60 m) angeschafft werden. Diese Straßenbahnen besitzen ein ganzes Abteil mehr und sind nicht teurer als die breiten Straßenbahnwagen. Die Dresdner Infrastruktur ist zudem gar nicht für die breiten Straßenbahnwagen geeignet. Außerdem können in der längeren Straßenbahnvariante mehr Personen befördert werden, als in der breiteren Ausführung. Aus diesem Grund kann auch auf eine Verkürzung der Taktung (auf 5 min bei stark ausgelasteten Strecken) verzichtet werden. Das hat zur Folge, dass die Kosten wesentlich reduziert werden. Grundlegend soll aber jeder Verkehrsteilnehmer selbst entscheiden, wie er sich in Dresden fortbewegt. Wir lehnen jedes dirigistische Element in der zukünftigen Verkehrsplanung ab und

fordern stattdessen eine intelligente und vernünftige Verkehrsplanung anhand der Bedürfnisse der Dresdner Einwohner.

Beschlossen am 04.12.2013

## Verkehrskonzept für die Landeshauptstadt Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich für die Erstellung eines ganzheitlichen Verkehrskonzeptes für die Landeshauptstadt Dresden ein. Dieses Verkehrskonzept soll alle Verkehrsteilnehmer gleichrangig berücksichtigen. Auf eine Vorrangstellung einzelner Verkehrsteilnehmer (z.B. Straßenbahnen) ist zu verzichten. Ziel des Konzeptes soll ein flüssiger und umweltfreundlicher Verkehrsfluss im gesamten Stadtgebiet sein.

Demgemäß ist die vermehrte Einführung von sogenannten Grünen Wellen und Tempo 60 Zonen insbesondere auf verkehrstarken Ein- und Ausfallstraßen zu prüfen. Dabei sind auf die Unterschiede zwischen verkehrstarken (z.B. Berufsverkehr) und verkehrswarmen (z.B. Wochenende) Zeiten zu berücksichtigen. Die generelle vorrangige Schaltung von Lichtsignalanlagen für Straßenbahnen und Busse ist im Sinne eines flüssigen Verkehrsflusses abzuschaffen. Ebenso sind lange Wartezeiten an Kreuzungen für einzelne Verkehrsteilnehmer im Sinne eines umweltbewussten Innenstadtverkehrs zu vermeiden. Die zunehmende Anzahl von Radfahrern in Dresden soll durch die Schaffung von zusätzlichen Radwegen berücksichtigt werden. Alle bestehenden und zukünftigen zu schaffenden Verkehrsschilder und Lichtsignalanlagen, sind auf ihre Notwendigkeit und mögliche Alternativen (z.B. Kreisverkehr) hin zu untersuchen.

Das Verkehrskonzept ist von einer unabhängigen Behörde oder von einem externen Dienstleister auf der Grundlage unabhängig erhobener Daten und ohne maßgeblichen Einfluss einzelner Interessensgruppen zu erarbeiten.

Beschlossen am 22.06.2011

## **Fahrradwege gehören auf die Fahrbahn**

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert den Stadtrat von Dresden auf, bei geplanten und zukünftigen Verkehrsprojekten, Radfahrstreifen auf Fahrbahnniveau zu bevorzugen, bei beengten Platzverhältnissen auch Schutzstreifen.

Beschlossen am 22.06.2011

## **Fahrradchaos vor dem Hauptbahnhof beseitigen**

Die JuliA Dresden fordert den Stadtrat von Dresden auf, am Hauptbahnhof für mehr geeignete Parkmöglichkeiten für Fahrräder zu sorgen, insbesondere auf dem Wiener Platz.

Beschlossen am 22.06.2011



## **Ampeln im Dresdner Straßenverkehr sinnvoll einsetzen**

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadtverwaltung auf, ihre bestehenden Ampelanlagen und Vorrangschaltungen für öffentliche Verkehrsmittel, auf Effizienz und Nutzen für den Straßenverkehr zu prüfen. Auch bei zukünftigen Straßenplanungen sollte eine Ampelanlage nur als letzte Möglichkeit aufgestellt werden, um Unfallschwerpunkte oder Stautellen zu beruhigen. Als Alternative ist der Kreisverkehr zu prüfen. Fahrradfreundlichkeit ist zu beachten.

Beschlossen am 30.06.2010

## Parkplätze in der Dresdner Neustadt

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, für ausreichend Parkmöglichkeiten in der Dresdner Neustadt zu sorgen. Ein Verkehrskonzept, das Verkehrsberuhigung durch den Wegfall von ausreichenden Parkmöglichkeiten favorisiert, lehnen wir ab. Ein modernes Konzept muss einen entsprechenden Ausgleich zwischen diesen beiden Interessen gewährleisten. Rund um die Äußere Neustadt ist genügend Platz vorhanden, um Parkplätze oder Parkhäuser zu eröffnen. Die Stadtverwaltung sollte die Nutzung dieser Flächen als Parkplätze in ein Verkehrskonzept mit einbinden.

Außerdem fordern wir die Stadt auf, die Parkautomaten in der Äußeren Neustadt auf dieselben Zeiten einzustellen, die auch in anderen Stadtteilen Dresdens gelten.

Beschlossen am 17.12.2008

## **Shared- Space Modellprojekt in Leuben**

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf im Zuge von Sanierungsarbeiten oder Umbauten die Zahmenhofstraße und das umliegende Wohngebiet nach dem Shared-Space-Verkehrsprojekt vollwertig zu gestalten.

Beschlossen am 17.12.2008

## Integration von Radwegen

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, bei allen künftigen Neu-, Um- und Ausbauten von Straßenverkehrsanlagen den Radweg auf der Hauptfahrbahn zu integrieren. Die Fahrbereiche für Radfahrer sollen durch eine gestrichelte Markierung vom Rest der Fahrbahn getrennt sein. Ein Extraradweg auf oder parallel zum Fußweg entfällt damit.

Beschlossen am 17.12.2008

## **Transrapid- Strecke durch Dresden**

Die Jungliberale Aktion Dresden steht einer Transrapid- Strecke durch Dresden offen gegenüber und fordert und fördert Diskussionen in der Öffentlichkeit und den entsprechenden Gremien darüber.

Beschlossen am 20.12.2006

## Verband und Partei

## **Aufforderung zum Rücktritt**

Aufgrund der Äußerungen zum Thema Waldschlößchenbrücke in der Dresdner Morgenpost vom 13. Juni 2007 fordert die Jungliberale Aktion Dresden Wolfgang Kießling auf, sein Amt als Beisitzer des Kreisvorstandes der FDP Dresden niederzulegen.

Beschlossen am 13.06.2007